

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadt 8.
Sprechstunden der Redaction:
Montags 10-12 Uhr.
Dienstags 9-11 Uhr.
Mittwochs 9-11 Uhr.
Donnerstags 9-11 Uhr.
Freitags 9-11 Uhr.
Sonnabends 9-11 Uhr.

Abnahme der für die nachfolgende
Sommer bestimmten Anzeigen an
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,
an Samstagen und Feiertagen frühestens 6 Uhr.
In den Filialen für Aufnahmen:
Cotta'sches Verlags- u. Buchhandlung
Hauptstadtstraße 11, und
Königsplatz 14, und
Königsplatz 14, und
Königsplatz 14, und

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N^o 186.

Sonnabend den 5. Juli 1890.

84. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag, den 6. Juli,
Vormittags nur bis 1/9 Uhr
geschlossen.
Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,

betreffend den Heberollenantrag der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen über den Beitrag auf das Jahr 1889.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass der gemäß § 18 des sächsischen Landesteuer-Gesetzes vom 22. März 1888, betreffend die Regelung der Local- und Krankenversicherer der land- und forstwirtschaftlichen Betrieben der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Königreich Sachsen aufgestellten Heberollenantrag über die auf das Jahr 1889 zu leistenden Beiträge nach einem halben Pfennig für jede beitragspflichtige Steuerinheit hier eingegangen ist und vom Erhebungsamt dieser Bekanntmachung an gerechnet zwei Wochen zur Einsicht der Beteiligten bei der Geschäftsstelle des unterzeichneten Krankenversicherungsamtes, Weißstraße 30, III., während der Geschäftsstunden von 9-12 und 2-6 Uhr anliegt.

Die Betriebsunternehmer können gemäß Absatz 2 des oben erwähnten § 18 binnen einer weiteren Frist von drei Wochen, unbefristet der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung, gegen die Beitragsberechnung bei dem Ortskommissar Einspruch erheben.

Die forsten Räumliche zur erwähnten Berufsgenossenschaft gehörige Betriebsunternehmer, soweit dieselben im Bereiche der Stadt Leipzig (einschließlich der einverleibten Bezirke) wohnen, auf, unbefristet etwa zu erhebender Einsprüche, ten im ausliegenden Heberollenantrag bei eines jeden Namen ersichtlich Beitrag auf das Jahr 1889 bis zum

21. Juli er.
an die Sparte des Krankenversicherungsamtes, Weißstraße 30, III., abzugeben, und bemerken, dass den Beteiligten die Verpflichtung zu beibringen ist, dass aber jedenfalls nach Ablauf obiger Frist gegen die Entschlüsse mit der Zwangsverfügung vorgegangen werden wird.
Leipzig, am 3. Juli 1890.

Krankenversicherungsamt der Stadt Leipzig.
Vie. 2250.
Dr. Schmidt. Schönbach.

Bekanntmachung.

Von Freitag, den 4. ds. Mts. ab wird
der Reichhof
wegen dort aufzunehmender Mollersarbeiten
für den gesamten Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, den 2. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Hennig.

Montag, den 7. d. Mts., soll mit dem Schloßbau in
der Ulrichstraße in Leipzig-Gohlis auf deren
Strecke zwischen der Leipziger und Sidonien-
Straße
begonnen werden.

In Folge dessen wird der bezeichnete Straßentheil von
genanntem Tage ab auf die Dauer der Arbeiten
für allen unbefangenen Fahrverkehr gesperrt.
Leipzig, den 3. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Hennig.

Bekanntmachung.

den Preis des Armenbrodes betr.
Der Preis für das von der Armenbrodbäckerei zu liefernde
Brot ist von und vom 1. laufenden Monats ab auf

19 Pfennige pro Kilo
festgesetzt worden, was den Herren Districtvorstehern und
Armenpflegern hiemit mitgeteilt wird.
Leipzig, am 2. Juli 1890.

Das Armendirectorium.

Deutschel. Artus.
A. R. 316.

Wohnungs-Vermietung.

Im Commungewandte Grömmische Straße Nr. 1 ist
vom 1. October d. J. an eine in der IV. Etage gelegene
eine Wohnung zu vermieten. Mietgesuche werden an
dem Rathhaus, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.
Leipzig, den 2. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Krumbiegel.
A. 4699.

Wohnungs-Vermietung.

Am 1. October d. J. an in der 3. Etage des
früheren Rathhauses in Leipzig-Volkmarstraße, Kirchstraße
Nr. 2, eine Wohnung zu vermieten. Mietgesuche werden
Abmigung an demselben zu vernehmen.

Bezügliche Mietgesuche werden an dem hiesigen Rath-
haus, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.
Leipzig, den 2. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi. Krumbiegel.
A. 4724.

Stadtbibliothek.

In der nächstfolgenden Vorlesung der Stadtbibliothek
sind alle vorhandenen Bücher diesmal in der Woche vom 7. bis
zum 12. Juli an die Bibliothek zurückzuführen. Rücklieferungen
sind zum 21. Juli an sein.

Dr. Burkmann.

Bekanntmachung,

den einjährig-frühdienstlichen Dienst betreffend.
Auf Grund der Bestimmungen in § 89 ff. des Deutschen
Wehr-Gesetzes vom 22. November 1888 wird folgendes bekannt
gemacht:

- 1) Die Verpflichtung zum einjährig-frühdienstlichen Dienst darf im
Allgemeinen nicht vor vollendetem 17. Lebensjahre nach-
geliefert werden.
- 2) Junge Leute, welche im Regierungsbezirk Leipzig wohn-
haft sind und an die Verpflichtung zum einjährig-frühdienst-
lichen Dienst nachfolgen wollen, haben dies spätestens
bis zum 1. Februar des ersten Militärdienstjahres bei der
unterzeichneten Militär-Prüfungs-Commission (Königs-
platz 11, I. Etage) schriftlich, unter genauer Angabe
ihrer Adresse, zu thun.
- 3) Der Meldung sind beizufügen:
 - a. eine Geburtsurkunde (in Militärfeldzeichen),
 - b. eine Erklärung des Vaters oder Vormunders über
die Bereitwilligkeit, den frühzeitigen Dienst zu leisten,
und darüber, wie die Kosten für Wohnung
und Unterhalt zu übernehmen. Die Fällig-
keit hierzu ist obrigkeitlich zu bescheinigen
(S. 89, 44).
 - c. Urtheile über Schulbesuch bis zur Anmeldung.
- 4) Der Nachweis der wehrfähigen Leistung für den ein-
jährig-frühdienstlichen Dienst hat entweder durch Bestätigung
von Schulzeugnissen (S. 90) oder durch Ablegung einer
Prüfung vor der unterzeichneten Königlich-Preußischen
Prüfungs-Commission zu geschehen.
- 5) Welche am 1. Juli d. J. an der im September d. J. fällig-
stehenden Prüfung sich beteiligen wollen,
den 1. August bis 31. Jn.
mit den unter 3.-c. genannten Schriftstücken versehen, bei
der Königlich-Preussischen-Commission abgeben.
Termin ist anzugeben, in welcher zwei fremden Sprachen
der sich Wehrkunde gesetzlich ist und hat darüber ausgeben
einen schriftlichen Lebenslauf beizufügen.

Leipzig, den 1. Juli 1890.
Königliche Prüfungskommission für einjährig-frühdienstliche
in Regierungsbezirk Leipzig.
von Gehebrist, Hoff, Scheller, Regierungsrath. Oberstlieutenant.

Bekanntmachung.

Von dem unterzeichneten Armenamte sollen im Stadthaus
abgegeben
Wittwochs, den 9. Juli 1890,
Vormittags von 9 Uhr an
eine Partie getragene Kleidungsstücke, Möbel,
Haar- und Küchengeräthe, Betten und dergl. mehr
öffentlich veräußert werden.
Leipzig, den 4. Juli 1890.

Das Armenamt.

Deutscher Jungbühnen.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass die
Kathedrale
Ernst Robert Vogels,
Ernst Eduard Richter II,
Emund Rudolf Glauer Thurm und
Alois Camillo Winkler
bent als ständige Hofverwalter und Beamte eingestellt und
in ständiger Anwesenheit sind.

Leipzig, am 4. Juli 1890.
ID. 7054. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hübshmann.

Bekanntmachung.

Wir haben beschlossen, an der zur Verbreitung be-
stimmten Vindenern Classen entlassung in der Höhe des
Kathedrale die Ablagerung von Erde u. bis auf Weiteres
zu gestatten.

Die Ablagerung geschieht ohne Vergütung und erstreckt
sich nur auf die Anfuhr von geschloffenen Decken, Raufwerk
(aus Stein, Sand, Kalkmörtel und Erde bestehend), Sand,
Ries und Steintrümmern, Aushubmaterial, Geröll, Scherben,
Blechstücke, Strohhalm, Eisenabfälle, Organe, Erde,
Papier, Reste, Schlamm, Steinhäute, Rind, Glas und ähn-
liche Abfälle.

Wir bringen dies zur Kenntniss der Interessenten mit dem
Bemerkung, dass bei der Anfuhr von Weisungen die dort an-
geordneten Vorkehrungen unbedingt nachzukommen sind, insbe-
sondere die für die Hochstadt bestimmten Durchlässe offen gehalten
werden müssen.

Leipzig, den 26. Juni 1890.
ID. 3574. Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Vmbner.

Straßenbahn.

Für Bewilligung des Baues des Centralbahnbahnhofs in
Hauptstadt soll ein Bauhüter gesucht. Gebot 100 A
samtlich schriftlich. Beding. und Befugnis von Baugewerk-
meister abgeben.
Hauptstadt, den 3. Juli 1890.

Der Stadtrath.

Bürgermeister Müller.

Ministerkrisis in Spanien.

In Spanien ist eigentlich schon seit der Zeit dauernde
Ministerkrisis, seit wieder die Einführung des allgemeinen
Stimmrechts auf die politische Tagesordnung gesetzt war.
Die conservative Partei betrachtet das allgemeine Stimmrecht
als den Anfang des Endes der Monarchie in Spanien und
bekämpft es deshalb auf jede denkbare Weise. Aber die
liberale Meinung nahm so thätig ein Partei für
sich, deren Vorstand aufgegeben, und das heißt der
Zeit sich einfügen, den Gesetzentwurf über das allgemeine
Stimmrecht anzunehmen. Inzwischen war bei einer Minister-
krisis in Lage getreten, dass von allen den Parteien, die
bei Neubildung des Ministeriums in Betracht kamen,
kein die nötige Autorität besaß, um ein neues Cabinet zu
Stande zu bringen, erst als Sagasta sich aus seine bereit
erklärte, die Leitung des Cabinet zu übernehmen, gelang
dessen Bildung, und so ist denn wieder einige Monate fest-
gesetzlich zu werden, so gut es eben gehen wollte. Im
zweiten Ausschussfall war Spanien zwischen angesehener
Jocely brachte die jüngere Kränklichkeit des jungen Königs das
Land in Verwirrung, dann erhoben sich die Generale gegen
Parlament und Regierung und verlangten absolute Straf-

losigkeit für ihre politischen Agitationen, bis endlich auch diese
tollte Bewegung durch die Beförderung des Königs ihren
Abgang fand.

Jetzt liegt wieder ein Fall vor, welcher beweist, dass das
Parlament die Grenzen seiner Befugnisse nicht kennt. In
der Abgeordnetenkammer wurde der Antrag auf Begnadigung
politischer Verbrecher und militärischer Contravenienten ge-
stellt und von Sagasta unterstützt. Sagasta erwiderte, dass
die Regierung die Begnadigung in einer ihr gültigen scheinenden
Zeit beantragen werde, dergleichen Vorlagen dürfen aber
allein von der Regierung ausgehen. Der Kammer scheidet
sich bei dieser Erklärung aber nicht beruhigt zu haben, und das
Ministerium hat in Folge dessen seine Entlassung gegeben,
welche von der Königin-Regentin auch angenommen worden
ist. Kurz zuvor hatte die seit zwei Jahren vergeblich
angelegte Verhandlung zwischen Sagasta und dem Führer
der Schutztruppen Oramado stattgefunden, und man hatte an
dieser Art Hoffnungen für die Erklärung der gegenwärtigen
Regierung geknüpft. Die Freude bei nicht lange gedauert,
denn schon am Tage darauf gab Sagasta seine Entlassung.
Die jetzt sind Entlassungsgelände Sagasta's wohl kaum ernst
gemeint gewesen, denn die Neubildung des Ministeriums ist
überhaupt ungelöst, nachdem sich die übrigen Candidaten für
das Ministerpräsidium unfähig erwiesen hatten, etwas zu
Stande zu bringen. Als letztes Mittel hat immer ein Mini-
sterium Canovas del Castillo gegolten, aber dieser Führer der
Conservativen hat sich bisher nicht vorzubereiten, seine
Gebühren, weil er einfach, das seine Zeit noch nicht gekommen
sei. Auch jetzt wird er kaum die Neubildung des Ministeriums
übernehmen, weil die Probe aus das Allgemeine Stimmrecht
noch nicht gemacht ist, erst wenn das Ergebnis von Neuwahlen
vorliegt, welche nach dem neuen Wahlmodus vorgenommen
sind, wird Canovas erwählt werden können, ob die conservative
Stimmung in Spanien aber in weitem Niedergange be-
griffen ist.

Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, welches der Kampf
der Parteien in Spanien darstellt, nirgends ist der Patrio-
tismus der leitende Beweggrund, überall handelt es sich um
persönliche Interessen und um Machtfragen. Die ungenü-
glichen Partei ist entstanden die liberalen, denn sie ist faul-
streck ohne Gegenleistung und sucht den Recht zur Geltung
zu verdienen, was sich beim Auftreten der gegen die mili-
tairische Disziplin wehenden Generale gezeigt hat. Sagasta
hat als Führer der liberalen Partei das nicht hoch genug
zu schätzen verstanden, dass er dem Vornamen ein Ziel gesetzt
hat, das Generalität über das Schicksal der Monarchie zu
entscheiden habe. Dieser Vornamen war so tief in die mili-
tairischen Anschauungen der Spanier eingedrungen, dass sich
sogar Männer wie Jovellar und Martinez Campos zu ihm
bekannt. Der Ausgang der Sache hat sie aber darüber
belehrt, dass die Zeiten der Herrschaft solcher Anführer
vorüber sind. Regierung und Reichstag des Parlamentes haben
bewiesen, dass sie die Macht in Händen haben, um solchen
Ausgeburten verkehrter Anschaungen die Spitze zu bieten.
Auch bei der gegenwärtigen Ministerkrisis handelt es sich
weder um einen Eingriff des Parlamentes in die Executive,
das Begnadigungsrecht ist ein Attribut der höchsten Gewalt,
und diese ruht im monarchischen Staate in der Hand des
Königs. Ein parlamentarischer Antrag auf Begnadigung
von Verbrechern ist also nicht als ein Eingriff in die
königlichen Vorrechte und zugleich ein Verstoß der politischen
Unruhe derer, welche ihn stellen. Sollte der Antrag wider
bessere Wissen seiner Unzulässigkeit gestellt worden sein, so
ist er um so verwerflicher, weil er dann revolutionär ist.
Das Ministerium hat, nachdem es ihm nicht gelungen war,
den Antrag kurzer Hand zu erledigen, vollständig correct
gehandelt, indem es sein Entlassungsgelände einreichte; es
würde nur fortgerufen können, wenn es von der Königin-
Regentin Befehl zur Auflösung und Reumacht der Kammer
erhielte.

Was hat die Sache immer so verzögert, als ob die
Königin-Regentin nur auf die günstige Gelegenheit warte,
das Ministerium Sagasta durch ein Ministerium Canovas
zu ersetzen, man scheint aber dabei zu vergessen, welche Er-
fordernisse die Königin-Regentin seitdem mit der conser-
vativen Partei gemacht hat, denn auch Canovas stand auf der
Seite der frontirenden Generale. Hieser hat sich Sagasta
hat er sich durch die Einführung des Allgemeinen Stimm-
rechts einen vortheilhaften Dienst erwiesen, weil er die Auf-
regung der Republikaner dadurch beruhigt und ihnen die
Definition eingeleitet hat, dass sie ihren Zweck unter der
Herrschaft des Allgemeinen Stimmrechts erreichen werden.
Diese Hoffnung ist trügerisch, denn man hat die Erfahrung
gemacht, dass die Form der Wahlrecht an dem Ergebnis nur
wenig ändert. In Spanien werden die Reichstagen nach wie
vor in der Lage sein, die Wahlen zu machen und nur in den
Inlandstücken werden die Republikaner mit der Hilfe des
Allgemeinen Stimmrechts in die Cortes gelangen. Verlangt
glauben wir, dass Sagasta mit der Neubildung des Cabinet
beauftragt werden und auch dann damit zu Stande kommen
wird.

Leipzig, 5. Juli.
Das officielle Hofjournal verzeichnet ein Gerücht, nach
welchem Major v. Wissmann beabsichtigt, seinen Ab-
schied zu nehmen. Auch die „Nationalzeitung“ schreibt:
„Die veranlaßt, beabsichtigt Major von Wissmann seine
Entlassung als Reichskommissar für Ostafrika vorzu-
legen. Hier ist es unwahrscheinlich, dass das Reich die
Ableitung der Wünsche von einer Seite, wo man aber Wissmann's
Ansichten unterliegt sein dürfte. Doch wäre es unerlässlich, zu ver-
muthen, dass der Grund des gewöhnlichen Entlassungsgeländes eine
Reibung der deutsch-willigen Wismann's sein würde, das
nach Wissmann's öffentlich geäußerte Ansicht eine vollständige
Fortführung der Colonialpolitik nicht möglich ist. Er meint sich
vielmehr um Compensations- und Remunerationen zu handeln.“

Ueber die Krankheit Wissmann's macht die „Kreuz-
zeitung“ folgende nähere Mittheilungen:
„Die beständige Erkrankung des Urbanus schied ganz jenseits
mitten in der Nacht eingetreten zu sein, so das Programm nach
10 Uhr Morgens um 3 Uhr angekommen ist. In Berlin hatte sich
das Gerücht verbreitet, dass Major v. Wissmann erkrankt sei in
Folge von Aufregung über den Verfall seiner im letzten
Africa-Tätigkeit, welche ihm von letzterem Jahre gemacht
worden sein. Das ist aber dem Gerüchte nach durchaus nicht
der Fall gewesen. Wismann ist bei ihm dieselben Erkrankung
eingetreten, welche man bei den ersten Truppen-Expeditionen
lange Zeit nach seiner Heimkehr zu beobachten Gelegenheit hat. Das
Gerücht ist nicht gegründet, und dürfte nach Einleitung einer proff-
ten Untersuchung bald eine volle Genesung erwecken lassen.“

Abonnementpreis

vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Portofree 6 M., durch die Post
bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 30 Pf.
Belagungspreis 10 Pf.
Abdruck für Extrablätter
in Tagblatt-Formate
ohne Belagungsgebühr, bei
Mittheilung 10 M.

Insertion

6 Spalten Breite 20 Pf.
Welche Stellen laut auf. Preisnachschaff.
Zahlung sofort nach höchstem Tarif.

Reclamen

nach dem Reclamentlich die April.
Belagungspreis, der den Reclamentlich die April
die Spalten Breite 20 Pf.
Jahrespreis laut auf die Expedition zu
haben. — Solent nicht nicht gegeben.
Belagungspreis nach höchstem Tarif.

Der Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums,
Staatssecretar des Reichsamts des Innern Herr v. Büttner
wird sich in der nächsten Woche, einer Einladung des Aus-
schusses der Reichsversammlung, nach Bremen zur Besichtigung
der Ausstellung begeben. Herr v. Büttner geniesst seinen
Urlaub, wie in früheren Jahren, im Herbst zu einer Cur in
Karlsbad zu benutzen. Den größten Theil des Sommers ver-
bleibt der Minister in Berlin.

Der Finanzminister Dr. Riquel hat am Mittwoch
sein Amt angetreten und sich die Directoren und Räte des
Finanzministeriums vorstellen lassen. Herr Dr. Riquel hat
bei diesem Anlaß an die letzteren eine kurze Ansprache ge-
richtet, in welcher er unter Hinweis auf die wichtigsten dem
Finanzministerium obliegenden Aufgaben der Erwartung und
den Vertrauen ihrer treuen und wirksamen Mitarbeit an
den besten Aufbruch gab.

Die Zahl der Candidaten für den erzbischöf-
lichen Stuhl von Posen, welche von den beiden Demo-
cratischen der Erzbischöfe und den Ehrenbürgern des Kaiser
zur Genehmigung der Bitte vorgelegten worden sind, beträgt
nach Mitteilung des „Täglichen Postboten“ sechs.

Die „Nationalliberale Correspondenz“ bemerkt zu den
Aussagen der Kölner Generalversammlung der
Deutschen Colonialgesellschaft über das deutsch-engli-
sche Abkommen:

„Die Deutsche Colonialpolitik hat bei der Zurücksetzung und
Wahlung, wie sie dem Kaiser hier beschloß und ihrer Erlier
entspricht, doch ein recht abfällig Urtheil über die Verhältnisse
abgegeben. Es kann dies als die ganz überwiegende Auffassung
aller Colonialfreunde, nicht als die „Colonial-Abentheurer“ gelten.
Die zehn Vizepräsidenten sind, namentlich an der Möglichkeit einer
groblichen Einsetzung weiterer colonialen Unternehmungen zu ver-
gessen. Wir erlauben es, doch noch etwas hinzuzusetzen, was weite-
rer Aufregungen und Cyber werth ist und lösende Wirkung in
Ansehung sein, das Wund, was jetzt als schwerer Schaden er-
gesehen wird, mit der Zeit wieder gut gemacht werden kann. Zug
der Seiten, bei dem die Willkür der souveränitätlichen Minister
geradezu gänzlich ungenügend war, die letztem fünf Jahren, nur
immer unvollständiger zurückgeblieben. Inwiefern die Besetzung des
Reichstages das wenigstens ist; es ist kaum nicht zu verlieren und auf
dem; es gilt nun, den Rath nicht zu verlieren und auf dem
nun einmal gegebenen, noch immer die vertheilung umzugeben
mit Muth, Thatsache und Interesse; nicht müßig und müßig
fortzuführen.“

Raschlebendes Curiosum und der jüngsten parlamen-
tarischen Zeit verdient der Vergessenen nicht zu werden.
Der Reichstag hatte eine Commission von 14 Mitgliedern
zur Prüfung der Verträge über das Kaiser Wilhelm-
Denkmal gewählt. Die freisinnige Partei hatte in
dieser zwei Mitglieder zu entsenden und dazu die Abge-
ordneten Wagner und Herberich ernannt, während
aber die Commission ungenügend, ernannt nicht
diese Herren, sondern noch zwei weitere Mitglieder der frei-
schrittlichen Partei, die Herren Waldemar und Hennig, und zwar
als Vertreter der socialdemokratischen Partei, welche
schon vorher in, eigene Parteimitglieder in diese
Commission zu entsenden. Die beiden Vertreter der frei-
sinnigen Partei stimmten entgegengelehrt, nicht, wie immer,
vereinend, Dr. Wagner jedoch, die beiden fortschrittlichen
Vertreter der Socialdemokratie stimmten geschlossen mit
den übrigen Mitgliedern der Commission für den Antrag
Karlsbad-Beim.

Der Abg. v. Wund, der wegen seiner Rede über die
Militärverträge auf der Volkspartei herausgehoben wurde,
veröffentlichte eine Erklärung, in der er u. a. mittheilt, dass
er sich nach wie vor als Mitglied der Partei betrachte, jedoch
mit besonderem Programm. Er wolle die „in Unterabteilung
der Religion und Monarchie und der Idee des Reiches zum
Herrn gerichteten Verordnungen“ nicht billigen. Diese An-
sichtung der Verordnungen der Volkspartei aus dem Munde
eines Parteigenossen ist sehr interessant; Herr v. Wund muß
ja seine Parteigenossen kennen.

Bei der Reichstagswahl in Preussien erzielte
Landrat Wundt (cons.) 11000, Kolbald (frei-
sinnig) 14000 und Wundtberger (socialist.) 13000 Stimmen. Letzterer
ist gewählt.

Unter der Ueberschrift „Ein bedeutendes nationalliberales
Wunder“ wird der „Sächsischen Zeitung“ am 3. Juli,
30. Juni, geschrieben:

Nationalliberalen der alten Barbarenschicht Kaiserlautern
tragen sich unthätig um die Hilfe, den Herrn Wundt
das durch Wundt's Genesung zum Finanzminister fortgesetzene
Wunder des 4. päpstlichen Reiches Kaiserlautern-Kirch-
weilanden anzufragen. Nach seiner Ansicht hat unter
politischen Verhältnisse in der Welt bereit gemacht, das -
die Freiheit die über - ein Kandidat Wundt's kaum als
wunderswürdig bezeichnet werden könnte. Sollte wirklich
der Reichstag, dessen letzte Session gerade begonnen hat, nicht
haben, es im Interesse des Reiches für wünschenswert zu erachten,
gleich ein Sitz im Parlament einzunehmen, so würde nach meinem
Urtheil kein Sitz im Reichstag, in welchem die Freiheit haben
den Zweck, das irgend ein Mitglied der gemäßigten Parteien
binnen, den Herrn Wundt entgegenzusetzen, ist un-
gegründet; es haben lediglich eigene Anfertigungen vorliegen.
Wundt in seinem anderen Theile des Reiches ist man - und zwar
beide wie je - in demokratisch geartet, als bei und in der
Welt, und das ist ja so natürlich! Wenn wir es doch nur allen
bedachten, dass, gepulst und weithin geartet durch Jahr-
hunderte langer Zeiten, das selbe Empfinden für das hiesige
Wunder mühen, wird eines mächtig haben werden zu sein. Wun-
dant ist für und der Wundt, welcher durch den unvergleich-
lichen politischen Wundt die Erfüllung unserer
ethischen, politischen Wünsche beantwortet. Den hier in der Welt,
mens auch nicht verächtlich, im Wundt's ist leben, kann
ohne die dringliche Notwendigkeit, und diese scheint mir sehr nicht
vorgelegene - nach meiner Empfindung der Reichstag nicht
Bismarck'sches sein. Das eine Kandidat Wundt's in der
Zeit beinahe der einzige Weg wäre, auf welchen sich die Erlö-
sung des Wundts für die Wundt's erreichen ließe, ist ent-
schieden nicht richtig. Auf solch schmiedlichen Haken nicht
Wundt's nicht, hat er niemals gehalten. Trop Wundt's ab dem
bedachten Mittel, welches der demokratisch-wundt'sch-schreiend-
an-socialdemokratischen Coalition die Wundt's mit Aus-
nahme der ersten Hälfte der Reichstags ist in den Händen der
Nationalliberalen, und wie lange Wundt's durch den Can-
didaten der Volkspartei, so wie die wahren politischen Stimmung
der Reichstages wie die Welt aufs Auge. Kaiserlautern hätte gut
allerdings als die Wundt's, in welchem sich die politische
Demokratie paradiesen hat; hier Wundt's die lange Zeit die
communisten Verbündeten und damit im großen Wundt zum
politischen. Doch abschließend ist und hier immer das Wun-
dant abgeben, dass die 1890er Wundt'sch-schreiend-
liberal in der Welt so auch in Kaiserlautern mit dem allgemein-
schreiend demokratischen Wundt's eine Gnade gemacht haben. Das
Wundt's in dem nunmehr bevorstehenden Reichstags alle auf die